

V-4 Abschiebestopp in den Iran verlängern

Antragsteller*in: Anne Kammermeier (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Tagesordnungspunkt: TOP 10 Verschiedenes

1 Der Abschiebestopp für den Iran ist in Deutschland zum 31.12.23 ausgelaufen und
2 wurde von
3 der Innenminister*innenkonferenz nicht verlängert. Noch schlimmer: Das Thema hat
4 es noch
nicht einmal auf die Tagesordnung geschafft. Und das obwohl sich an der
politischen
Situation im Iran nichts verändert hat.

5 Wir fordern die politischen Entscheidungsträger*innen aller Parteien in Land und
6 Bund auf,
7 sich für eine dringend notwendige bundesweite Verlängerung des Abschiebestopps in
den Iran
einzusetzen.

8 Die Menschenrechtslage im Iran ist hoch problematisch: Ethnische, religiöse und
9 gesellschaftliche Minderheiten, besonders Kurd*innen, werden systematisch
10 unterdrückt und
11 diskriminiert. Meinungs- und Pressefreiheit existieren nicht. Einfache
12 Meinungsäußerungen
13 oder die Teilnahme an Demonstrationen können massive Verfolgung und Tod bedeuten.
14 Zudem
15 werden die Rechte von Frauen und weiblich gelesenen Menschen gesetzlich massiv
16 beschnitten.
17 Nicht selten trifft die Gewalt jedoch auch willkürlich gewählte Personen, nur um
Exempel zu
statuieren. Vor Gericht gibt es keine rechtsstaatlichen Verfahren. Oft werden in
Schnellverfahren Geständnisse unter Folter erzwungen und sexualisierte Gewalt
findet
Berichten zufolge in iranischen Gefängnissen regelmäßig statt. Hinrichtungen sind
an der
Tagesordnung und werden als Werkzeug der Einschüchterung und Unterdrückung
verwendet.

18 Oft kommt es nach solchen Scheinprozessen zu der Verhängung einer langen

Haftstrafe oder der
Todesstrafe. Im Jahr 2022 wurden im Iran nahezu 600 Menschen den offiziellen
Zahlen zufolge
hingerichtet. 2023 waren es mehr als 800 Hinrichtungen. Die Menschen sind der
Willkür des
iranischen Regimes ausgesetzt. Am 23.01.2024 wurde beispielsweise der 24-jährige
Mohammad
Ghobadlou hingerichtet. Er war einer der ersten Iraner*innen, die bei den
Protesten nach dem
Tod von Jina Mahsa Amini im Herbst 2022 inhaftiert worden waren.

Seit dem Tod der 22-jährigen Kurdin Amini in der Gefangenschaft der iranischen
Revolutionsgarden gehen landesweit tausende Iraner*innen auf die Straße und
kämpfen für
Demokratie und Freiheit. Die Menschen gehen auf die Straße trotz der
allgegenwärtigen
Gefahr, das mit ihrem Leben zu bezahlen. Tausende Demonstrant*innen wurden seit
Beginn der
Proteste festgenommen, viele Menschen wurden hingerichtet. Sie sind Held*innen
des Kampfes
für Demokratie und Menschenrechte, denen unsere volle Solidarität gelten muss.
Auch in
Deutschland haben sich tausende Menschen mit ihnen solidarisiert. Die
Iranischstämmigen
unter ihnen sind sogar in Deutschland mit Angriffen und Einschüchterungsversuchen
konfrontiert und müssen im Falle einer Abschiebung auch diesbezüglich Repression
und
Verfolgung befürchten.

Parteiübergreifend haben in Deutschland Politiker*innen Patenschaften für
politische
Gefangene in Iran übernommen. Die in Iran inhaftierte Menschenrechtlerin Narges
Mohammadi
wurde 2023 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Dies sollte ein klares
Bekenntnis
Deutschlands und der Weltgemeinschaft sein, den Freiheitskampf der iranischen
Bevölkerung
anzuerkennen und die Menschenrechte in Iran zu verteidigen.

Den gefährlichen und oft tödlichen Kampf gegen das mörderische Regime muss die
Bevölkerung
im Iran weiterhin allein ausfechten.

Diejenigen, die in der Hoffnung auf Schutz vor Repression und
Menschenrechtsverletzungen

nach Deutschland geflüchtet sind, zu schützen, ist das Wenigste, was Deutschland und Berlin machen können, um einen Beitrag zu einer beispiellosen Bewegung für Demokratie, Frauen- und Menschenrechte in der Region zu leisten. Menschen in ein Land abzuschieben, in dem es keinerlei Garantie für die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien gibt und in dem bei kleinster Kritik willkürliche Verhaftungen, Folter und Todesstrafe drohen, ist verantwortungslos und absolut unvereinbar mit unseren Werten.

An der BAMF-Entscheidungspraxis wird deutlich, dass das reguläre Asylverfahren nicht ausreicht, um den notwendigen Schutz dieser Menschen zu gewährleisten: Das Bundesamt lehnte im Jahr 2023 mehr als die Hälfte der Asylanträge iranischer Staatsangehöriger ab. Selbst die bereinigte Schutzquote liegt nur bei 45,6%.

Daher fordern wir die Berliner Landesregierung und die Innenminister*innenkonferenz dringend auf, den bundesweiten Abschiebestopp umgehend zu verlängern oder mindestens hilfsweise einen landesweiten Abschiebestopp zu veranlassen, um deutlich mehr geflüchteten Iraner*innen einen angemessenen Schutz in Deutschland und Berlin zu bieten.

Unterstützer*innen

Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)